

## **Das soziale Europa gegen die Märkte verteidigen**

**Peter Bofinger**

**Universität Würzburg**

In Europa stehen die Zeichen auf Sturm. Die Eurokrise droht immer mehr all das zu zerstören, was kluge und mutige Politiker in den letzten sechzig Jahren an europäischer Integration und europäischem Geist aufbauen konnten. Und sie hat auch das Potential, vieles von dem zu vernichten, was im letzten halben Jahrhundert an Sozialstaat verwirklicht und an Arbeitnehmerrechten erkämpft worden ist. Doch wie soll Europa aus dieser existenzgefährdenden Situation wieder herausfinden?

### **Am deutschen Wesen**

Für die Bundesregierung gibt es da kaum einen Zweifel: Am deutschen Wesen soll Europa genesen. Und in der Tat ist nicht zu übersehen, dass die deutsche Wirtschaft derzeit vor Kraft nur so strotzt. Die Arbeitslosigkeit ist mit rund 2,9 Millionen Menschen mittlerweile wieder so niedrig wie zu Beginn der neunziger Jahre. Demgegenüber sind die Problemländer, Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien immer tiefer in die Krise geraten. In Spanien und Griechenland liegt die Arbeitslosenquote mittlerweile über 20 %, bei jungen Menschen sogar bei über 50%.

Und so ist es nicht überraschend, wenn man in Berlin die Forderung hört, ganz Europa brauche jetzt so etwas wie die Agenda 2010. Die Staatsausgaben müssten gesenkt werden, um die Verschuldung in den Griff zu bekommen. Kündigungsschutz und soziale Sicherung müssten abgebaut werden, um höhere Arbeitsanreize schaffen. Und mit zahllosen so genannten Strukturreformen solle generell der Einfluss der Marktkräfte gefördert werden.

### **Mehr Markt und weniger Staat?**

Mehr Markt und weniger Staat, so lautet also das deutsche Rezept zur Lösung der Eurokrise. Aber ist das nicht völlig paradox? Waren es denn nicht die Finanzmärkte, deren erschreckende Blindheit Spanien und Irland so tief in die Krise geführt haben. Sind nicht die Finanzmärkte, die in den letzten Jahren mit riesigen Beträgen vom Staat am Leben gehalten werden mussten, die entscheidende Ursache für den rapiden Anstieg der Staatsverschuldung? Und wieso muss dann die Lösung der Probleme vor allem darin bestehen, dass die soziale Sicherung für Millionen von Menschen drastisch reduziert wird? Und kann es wirklich sein, dass die im vergangenen Jahrzehnt so massiv gescheiterten

Finanzmärkte nun von unserer Bundesregierung zu den Oberaufsehern der Wirtschaftspolitik in Europa ernannt werden?

### **Fehldiagnose des Modells Deutschland**

Nein, das klingt nicht nur paradox, es ist paradox. Das Hauptproblem dieser Therapie besteht darin, dass sie auf einer grandiosen Fehldiagnose des „Modells Deutschland“ beruht. Der Erfolg unserer Wirtschaft beruht im Kern weder auf die Agenda 2010 und schon gar nicht darauf, dass die Finanzmärkte eine besonders große Rolle in der deutschen Unternehmenslandschaft Wirtschaft spielen.

All das ist eigentlich gar nicht so schwer zu erkennen. Warum sind wir denn heute so exportstark? Weil wir Hartz-IV eingeführt haben? Doch wohl in erster Linie deshalb, weil wir viele **kleine und mittelständische Unternehmen** haben, sich auf den Weltmärkten unglaublich gut behaupten konnten. Und woran liegt das? Ganz einfach, sie werden sehr oft als Familienunternehmen geführt, die sich nur selten in die Abhängigkeit von Finanzinvestoren begeben mussten. Das machte sie frei vom Drang nach dem schnellen Geld und es erlaubte es ihnen, nachhaltige und damit höchst erfolgreiche Geschäftsmodelle zu entwickeln. Auch bei unseren Großunternehmen gibt es - Gott sei Dank - viele, die unabhängig vom Kurzfristeneinfluss der Kapitalmärkte sind, weil sie sich im Besitz von Familien oder Stiftungen befinden. Und wenn deutsche Unternehmen Kredite benötigen, haben sie das Glück, dass sie mit Sparkassen und Kreditgenossenschaften ebenfalls Partner haben, die unabhängig vom Druck der Finanzmärkte eine langfristig ausgerichtete Geschäftspolitik verfolgen können.

### **Rückgang der Arbeitslosigkeit auch ohne Hartz IV**

Und weil die deutschen Unternehmen so erfolgreich waren, wäre die Arbeitslosigkeit auch ohne Hartz-IV zurückgegangen. Umgekehrt machte es überhaupt keinen Sinn. Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, dass BMW oder Siemens ihre Marktposition deshalb so gefestigt haben, weil sie in den letzten Jahren großem Stil Langzeitarbeitslose eingestellt haben. Die gute Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist dabei neben der dynamischen Wirtschaftsentwicklung auch auf die Demografie, d.h. auf die rückläufige Zahl der Erwerbsfähigen zurückzuführen. Die Zahl der echten Problemfälle, d.h. die Zahl der erwerbsfähigen Hartz-IV Bezieher, ist heute mit rund 4 ½ Millionen Menschen übrigens genauso hoch wie im Anfang 2005, d.h. zu Beginn der Hartz-Reformen.

### **Deutschland hat mehr Staat als die Problemländer**

Falsch ist schließlich auch die Vorstellung, dass unsere öffentlichen Finanzen deshalb solider sind als die der Problemländer, weil wir besonders sparsam sind. Nein, gemessen an der Wirtschaftsleistung hat unser Staat im letzten Jahrzehnt deutlich mehr ausgegeben als Spanien, Irland, Griechenland oder Portugal. Dass die Bundesrepublik heute finanziell so gut aufgestellt ist, liegt einzig und allein daran, dass seit Jahren bei uns noch sehr viel mehr

Steuern eingenommen werden als in Irland und Südeuropa. Wir praktizieren also nicht weniger, sondern mehr Staat als die Problemländer.

So gesehen ist das **Modell Deutschland** gerade deshalb erfolgreich, weil wir uns bewusst oder unbewusst bei weitem nicht so sehr in die Hand der Finanzmärkte begeben haben, wie das im letzten Jahrzehnt weltweit in Mode war und unseren Staat dabei noch nicht stark abgemagert haben, wie das dem angelsächsischen Schönheitsideal entspricht.

### **Falsche Therapie führt zu Scherbenhaufen**

Es ist daher eigentlich nur schwer nachvollziehbar, dass die Bundesregierung zur Lösung der Eurokrise einen Kreuzzug gegen den Sozialstaat ausgerufen hat und dabei auf die Finanzmärkte als ihren wichtigsten Verbündeten zählt. Und es ist letztlich auch nicht überraschend, dass wir nach zwei Jahren dieser Therapie vor einem wirtschaftlichen und politischen Scherbenhaufen stehen.

### **Problemländersparen sich kaputt**

Aus Angst vor den Märkten und teilweise unter ebenso brutalen Druck der Troika haben Griechenland, Portugal, Irland, Italien und Spanien eine in diesem Maßstab bisher kaum praktizierte Sparpolitik eingeleitet. Und sie haben daran auch dann noch verzweifelt festgehalten, als deutlich wurde, dass ihre Volkswirtschaften damit immer tiefer in die Rezession gerieten. Da sich die finanzielle Lage des Staates dadurch zusätzlich verschlechterte, wurden die Sparmaßnahmen sogar noch verschärft. Ein echter Teufelskreis. Griechenland, das als erster Land mit dieser Therapie begonnen und diese auch am härtesten durchgeführt hat, sollte als ein warnendes Beispiel dienen. Vor einem Jahr hätte niemand geglaubt, dass der Einbruch der griechischen Wirtschaft so massiv ausfallen könnte. Es wäre fatal, wenn wir in einem Jahr einen vergleichbaren Absturz Spaniens oder Portugals erleben müssten.

Durch den Einbruch der Realwirtschaft wurden auch die Banken dieser Länder massiv beschädigt. Je mehr über Austritte aus der Währungsunion spekuliert wird, desto weniger sind Investoren bereit, ihr Geld dort anzulegen. Dass es bisher nicht zu massiven Bankzusammenbrüchen gekommen ist, verdanken wir allein dem beherzten Eingreifen der Europäischen Zentralbank, das nur den Tugendwächtern der Deutschen Bundesbank ein Dorn im Auge ist.

### **Demokratie kommt unter die Räder**

Erheblich gelitten hat bei dieser Therapie zudem die Demokratie. Griechenland zeigt, dass es den etablierten Parteien zunehmend schwerer fällt, die notwendige Unterstützung durch die Wähler zu finden, wenn die Menschen überhaupt keine wirtschaftliche Perspektive mehr erkennen können.

Und eigentlich hätte man das alles aus der eigenen Geschichte wissen müssen. Es war der Reichskanzler Heinrich Brüning, der Anfang der Dreißiger Jahre in Deutschland eine ähnlich

eindimensionale und rigorose Sparpolitik betrieben und damit Deutschland zunächst wirtschaftlich und dann auch politisch in den Abgrund geführt hatte.

### **Strategiewechsel: Länder aus dem Würgegriff der Märkte befreien**

Europa braucht deshalb ganz dringend einen grundlegenden Strategiewechsel. Und er muss damit anfangen, dass wir Mitgliedsstaaten der Währungsunion möglichst bald aus dem ebenso brutalen wie unberechenbaren Würgegriff der Finanzmärkte befreien. Anders als von Frau Merkel und Herrn Schäuble erhofft, haben die Investoren die konsequente Sparpolitik der Problemländer eben nicht mit niedrigeren Zinsen belohnt. Im Gegenteil: Spanien und Italien müssen heute deutlich mehr Zinsen für neue Staatsanleihen bezahlen als vor einem Jahr. Das ist kein Wunder, denn je mehr die Wirtschaft abrutscht, desto schwieriger wird es für diese Länder ihre Schulden zu bedienen. Den Märkten ist es eigentlich ziemlich egal, welche Wirtschaftspolitik ein Land betreibt, solange sie nur ihr Geld zurückbekommen. Aber wenn das in Frage gestellt wird, drehen sie durch.

### **Gemeinsam zur Verteidigung des Euro antreten**

Der Befreiungsschlag, der Europa von den Finanzmärkten emanzipieren würde, ist im Prinzip leicht zu realisieren. Gleichsam über Nacht ließe sich die Krise beenden, wenn die Mitgliedsländer bereit wären den Märkten gegenüber gemeinsam aufzutreten, indem sie eine gemeinschaftliche Haftung für Staatsanleihen des Euroraums übernehmen. Wenn es nur noch **Eurobonds** gäbe, könnten die Märkte die Mitgliedsländer nicht länger gegeneinander ausspielen. Sie könnten sich allenfalls entscheiden, überhaupt keine Eurobonds zu erwerben, da blieben ihnen vor allem die US-Staatsanleihen. Da das Staatsdefizit der USA weitaus höher ist als das des Euroraums, würden sich die Investoren das jedoch sehr gut überlegen.

Der Schutz vor den Finanzmärkten würde es den Ländern ermöglichen, die unvermeidbare Konsolidierung der Staatshaushalte zeitlich zu so strecken, dass zumindest in der aktuellen Phase mit einer rückläufigen Konjunktur keine weiteren Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen vorgenommen werden müssten. Wenn es auf diese Weise gelänge, die prozyklische Politik, also dass **Kaputtsparen zu stoppen**, wäre schon sehr viel erreicht. Ohne eine solche Kehrtwende kann man die gesamte Diskussion über mögliche Wachstumsprogramme vergessen.

Natürlich ist eine gemeinschaftliche Haftung für Staatsschulden nur dann zu vertreten, wenn es eine wirksame gemeinschaftliche Kontrolle über die Haushalte von hoch verschuldeten Mitgliedsländern gibt. Wir brauchen deshalb auch **mehr Integration in der Fiskalpolitik**. Denkbar wäre beispielsweise, dass sich Länder mit hohen Schulden ihr Budget vom Europäischen Parlament genehmigen lassen müssten. Ich weiß, dass das nicht leicht zu erreichen ist, aber das ist keine Entschuldigung für Nichtstun. Wenn wir schon vor zwei

Jahren damit angefangen hätten, in diese Richtung zu arbeiten, wären wir heute ein großes Stück weiter. Ein Europa mit mehr Integration ist ein Europa mit Demokratie!

Zu einem Strategiewechsel gehört neben der gemeinsamen Haftung aber auch die Bereitschaft, solidarisch für die Probleme einzustehen, bei deren Lösung die Problemländer ganz offensichtlich überfordert sind. Neben der Bankenrettung steht für mich die **Jugendarbeitslosigkeit** an erster Stelle. Können wir in Deutschland wirklich ungerührt zusehen, wenn in Spanien und Griechenland jedem zweiten Jugendlichen der Zugang zum Berufsleben versperrt ist und zudem keinerlei realistische Perspektive besteht, dass sich daran in den nächsten Jahren etwas Grundsätzliches ändern wird? Was wir brauchen sind breit angelegte Arbeitsbeschaffungsprogramme für junge Menschen, die gemeinschaftlich finanziert werden müssen, da es den betroffenen Ländern hierfür an den erforderlichen Mitteln fehlt.

### **„United we stand“**

Wenn wir nicht immer tiefer in der Krise geraten wollen, müssen wir den Mut und die Kraft zu diesem Strategiewechsel aufbringen.

- Wir müssen einsehen, dass es völlig hoffnungslos ist, wenn 17 Mitgliedsstaaten, jeder für sich, den Versuch unternimmt, die Krise zu bewältigen.
- Wir müssen erkennen, dass es nicht ausreicht, wenn sich Solidarität auf Intensivmedizinische Interventionen beschränkt, wie sie durch den Rettungsmechanismus ESM vorgesehen sind.
- Wir müssen begreifen, dass bei einem gemeinsamen Auftreten der Mitglieder des Euroraums jederzeit möglich, die Situation in den Griff zu bekommen. Oder etwas pathetisch formuliert: „United we stand, divided we fall.“

Aber machen wir uns nichts vor. Es wird nicht sein, die deutsche Bevölkerung für einen solchen Strategiewechsel zu gewinnen. In einer Gesellschaft, die sich „**Geiz ist geil**“ zum Leitmotiv erhoben hat, wird es verdammt schwer sein, für Solidarität mit Griechenland, Spanien oder Italien zu werben, zumal viele Medien nichts unversucht lassen, das Klischee vom faulen Griechen oder Italiener jeden Tag neu zu nähren.

### **Risiko der Kettenreaktion**

Doch man muss sich der Alternativen bewusst sein. Wenn wir die jetzige Strategie beibehalten, kann es jederzeit dazu kommen, dass der Euroraum völlig zerbricht. Die leichtfertigen Diskussionen über einen Austritt Griechenlands sind dazu schon der erste Schritt. Sobald das erste Land den Euro aufgibt, kann eine Kettenreaktion ausgelöst werden, deren Ende nur schwer abzuschätzen ist. Am Ende könnte es sogar zu einem Auseinanderbrechen zwischen Deutschland und Frankreich kommen. Wir hätten dann wieder eine D-Mark, aber ginge es uns dann besser? Der mit einem Auseinanderbrechen unvermeidliche Wirtschaftseinbruch in Europa würde unsere Wirtschaft ähnlich stark in Mitleidenschaft ziehen wie die Lehman-Pleite vom September 2008. Und die sich daran

anschließende massive Aufwertung unserer neuen D-Mark nicht nur gegen Währungen europäischer Länder, sondern auch gegenüber dem Dollar und dem Yen würde uns Arbeitsplätze und Wohlstand kosten.

### **Wie gestalten wir das Leben in Europa?**

Aber es geht bei dem Thema nicht nur ums Geld. Es geht vielmehr darum, wie wir unser Zusammenleben in den nächsten Jahrzehnten gestalten möchten. Und da gibt es für Europa nur die Wahl zwischen zwei Grundprinzipien.

Da ist auf der einen Seite das darwinsche Modell des „**survival of the fittest**“, bei dem jedes Land für sich allein versucht, erfolgreich zu sein und dabei das Wohlwollen der Finanzmärkte zu gewinnen. Wir müssen dann mit niemandem kooperieren, aber wir müssen uns dabei jedoch der Tatsache bewusst sein, dass wir die Zukunft unserer Gesellschaften und damit auch Europas einem anonymen, brutalen und zu manisch-depressiven Ausschlägen tendierenden Finanzsystem anvertrauen.

Die Alternative besteht in einem **Modell der Solidarität**, bei dem die Bürger Europas noch deutlich stärker als bisher zusammenarbeiten und dabei gemeinsam versuchen, eine lebenswerte Gesellschaft zu gestalten. Dabei kann der Markt durchaus eine wichtige Rolle spielen, aber es muss stets eine dienende und keine dominierende Rolle sein.

### **Solidarität braucht starke Helfer**

Solidarität ist leider ein sehr knappes Gutes. Sie setzt Vertrauen, Zuversicht, den Glauben an das Gute im Menschen und Nächstenliebe ebenso voraus wie die Bereitschaft Fehler zu vergeben. Hier sind die Kirchen in besonderer Weise gefordert. Sie allein haben noch die Autorität und Kraft, in unserer Gesellschaft glaubhaft und kraftvoll für diese Werte zu werben. Und es darf ihnen am allerwenigsten gleichgültig sein, ob Europa in Zukunft von der kalten Pranke des Mammon oder von Menschenhand regiert wird.

Das Motto dieses Kirchentags lautet: Einen neuen Aufbruch wagen. Lassen Sie uns gemeinsam einen neuen Aufbruch für ein solidarisches Europa wagen.